

Reichstagswähler! Aufgewacht!

Die Besteuerung der wichtigsten Lebensmittel mit ihren steigenden Preisen lastet schwer auf der Bevölkerung gerade der industriellen Gegenden. Sie drückt auf die Lebenshaltung der breiten Schichten des Arbeiter- und Mittelstandes und zwingt sie, den Verbrauch anderer Dinge einzuschränken. Sie mindert die Kaufkraft der Massen und trifft damit wieder den kleinen Geschäftsmann, den kleinen Produzenten am allerschwersten.

Schon in den allernächsten Wochen wird neben der herrschenden Brot- und Fleischnöte mit einer wesentlichen Verteuerung der Kartoffeln und des Gemüses zu rechnen sein. Die Kartoffelernte in Sachsen, unserem Hauptbezugsgebiete, ist misraten. Mit dem 15. dieses Monats aber treten hohe Zölle auf die Einfuhr von Kartoffeln und Gemüse in Kraft.

Mit aller Entschiedenheit hat die Sozialdemokratie gegen die bisherige verderbliche Lebensmittelpolitik angekämpft. Die Hauptwahlen zum deutschen Reichstag haben leider keine Reichstagsmehrheit ergeben, die mit dem Lebensmittelwucher brechen wird. Im Gegenteil, die alte Reichstagsmehrheit, die die ungeheuerliche Steigerung der Lebensmittelpreise zu verantworten hat, kehrt in verstärkter Auflage wieder.

Der Lebensmittelwucher, der die Massen plündert, um wenige Tausende maßlos zu bereichern, wird in verschärftester Weise fortgesetzt werden.

Niemand wird glauben, daß das Volk mit seiner Abstimmung vom 25. Januar sich für die Regierung habe entscheiden wollen, die zur Besetzung von 150 Hottentotten weitere ungezählte Millionen und zur Schaffung überseeischer Kolonialarmeen als ersten Abschlag

100 Millionen Mark neue Steuern

jährlich verlangt. Und doch wird dies und noch weit mehr Tatsache werden, wenn nicht das Volk noch in letzter Stunde sich besinnt, wenn die Mittelschichten, die in politischer Verblendung den Ausfall der Hauptwahlen verschuldet und sich auf weitere 5 Jahre die Rute steigender Brot- und Fleischpreise gebunden haben, nicht noch im letzten Augenblick sich aufrufen.

Es droht die Gefahr einer Reichstagsmehrheit, die der Regierung in ausschweifendster Weise in Steuerfragen zu Willen ist.

Wird nicht diese Mehrheit wenigstens verhindert, dann ist die Bahn frei für neue und maßlose indirekte Steuern, für weitere Belastungen und Unterbindungen des Verkehrs, dann sind

Tabak- und Branntwein- und andere Steuerm monopolie

nur noch eine Frage von Monaten.

Wen wählen wir, den Zentrumsmann oder den Sozialdemokraten?

Keine Partei hat sich in Steuerfragen unzuverlässiger gezeigt, als das Zentrum. Alle Versprechungen, die Klein- und Mittelschichten zu schonen, schlug es noch im letzten Reichstag in den Wind. Bei der

Erbchaftsteuer

bevorzugte es die reiche Kirche in unerhörter Weise vor

dem kleinen Manne. Die Steuerpflicht der Kirche beginnt bei 5000, die des kleinen Mannes bei 1000 M. Das Zentrum schuf die

Fahrtartensteuer.

Es bewilligte den

Frachtturkundenstempel.

Es legte

Steuern auf Zigaretten und geschnittenen Tabak.

Es führte die

Branntsteuer

ein und die

Automobilsteuer,

die weniger die Reichen trifft, als die produzierenden Arbeiter und die zum Verkehr und zur Warenbeförderung bestimmten Kraftfahrzeuge. Das Zentrum ließ sich mit einer

Quittungssteuer,

die 16 Millionen ergeben sollte; es hätten bei einer Steuer von 10 Pfg. 160 Millionen Quittungen im Jahr versteuert werden müssen; gerade die kleinen Quittungsbeträge wären in der Hauptsache und am schwersten getroffen worden. Das Zentrum stimmte für die

Erhöhung des Ortsportos

und gab die gegenteiligen Zusagen preis, die bei der Ablösung der Privatpostanstalten seinerzeit von der Regierung gemacht worden waren. Das Zentrum empfahl eine

Mühlsteuer,

die das jährliche Vermahlungsquantum mit einer steigenden Abgabe belasten sollte. Es beantragte eine

Versteinerung der Ansichtspostkarten.

Es wollte eine Reichswehr, will sagen

Krüppelsteuer

für jene, die als untauglich zum Militärdienst befunden wurden. Es verlangte

Ausfuhrzölle,

die die deutsche Papierindustrie, neben der amerikanischen die erste der Welt, ruiniert haben würden.

Dagegen lehnte es die sozialdemokratischen Anträge auf Versteinerung der großen Jahreseinkommen und der Vermögen über 50 000 Mark ab.

Das schlechte Gewissen seiner eigenen Steuerlizenzen willigt das Zentrum, die Sozialdemokratie zu verleumden. So macht es ihr zum Vorwurf, sie habe gegen die Ländereiensteuer, gegen die Schaumweinsteuer gestimmt. In dritter Lesung stimmte die Sozialdemokratie für die Ländereiensteuer, als sich endgültig herausstellte, daß das Zentrum von einer Besteuerung der großen Einkommen und Vermögen nichts wissen wollte. Gegen die Schaumweinsteuer war die Sozialdemokratie, weil davon auch die billigen Fruchtweine getroffen werden, die in weiten Teilen Süddeutschlands von den breiten Massen getrunken werden und welche das Zentrum mit dem Champagner der Reichen über den gleichen Kamm schor. Und mit allen anderen Vorwürfen des Zentrums steht es wie mit diesen.

Das Zentrum ist ein Feind des Fortschritts und der modernen Kultur. Die moderne

Volksschule

ist ihm ein Dorn im Auge. Systematisch hat es auf die Beseitigung der Simultanschule hingearbeitet, um an ihre Stelle die konfessionelle Schule zu setzen. Zum größten Teil ist dieser Plan durch das neue preussische Volksschulgesetz verwirklicht.

Das Zentrum ist ein Feind der heutigen Lehr- und Lernfreiheit. Die Umsturzvorlage berückichtigte Angedenkens wollte es auf die Hochschulen angewandt wissen, die Lehrfreiheit der Universitäten und Gymnasien sollte ebenso vernichtet werden, wie aus der Volksschule jede Lehrfreiheit ausgeschaltet ist, weil die Wissenschaft, „die Revolution in Grad und Zylinder“, um mit dem Zentrum zu reden, gefährlicher sei, als die Revolution in der Bluse.

Das Zentrum ist die Partei der konfessionellen Intoleranz.

Freiheit will es nur für die „Wahrheit“, wie es sie versteht, für den Ultramontanismus. Es duldet keine abweichende religiöse Ueberzeugung neben sich, und Männer der liberalen Anschauung sprechen es selber aus, daß neben dem Ultramontanismus keine andere Ueberzeugung existenzberechtigt sei.

Sprach nicht noch der letzte Papst es aus, daß die Reformation, der Protestantismus eine Pest, ein Gift, ein Verbrechen Nichtswürdiger sei, von dem alle Revolutionen herkommen?

Erleben wir nicht gerade im Rheinlande die empörendsten Fälle, daß man protestantischen „Kehern“ auf ultramontanen Friedhöfen ein Stückchen Erde zur letzten Ruhe verweigert, sie unter Mördern und Selbstmördern in einem abgelegenen Winkel verscharren möchte?

Das Zentrum ist Kunst-, ist bildungsfeindlich. Die moderne, die klassische Literatur wünscht es, wo der Pfeffer wächst. Erwachsene Laien sollen die Meisterwerke unserer Dichter und Denker nur lesen dürfen, wenn ihr Geldbeutel die Gewähr vor Verderbnis ihrer Sitten bietet und auch dann nur in Auswahl. Die Gesamtwerke sollen sich in die allgemeinen Bibliotheken verfrachten oder höchstens dem Fachmanne im Handel zugänglich sein. Von einer Jugendbildung an der Hand unserer Klassiker will das Zentrum nichts wissen. Dem Volke soll die Wissenschaft, soll das Wissen ein Buch mit sieben Siegeln bleiben, denn Wissen ist Macht. Von wem ging der Heinzerummel, die Sittlichkeitsfexerei aus? Wer möchte die Abbildungen der besten Kunstwerke von öffentlichen Plätzen, aus den Schaufenstern der Kunsthandlungen entfernt sehen? Das Zentrum!

Nicht einmal die Büste der Landesmutter wollten eifrige Leute in den Düsseldorfer Schulen dulden, weil die Brustausschnitte ihrer Kleidung die Schüler und Schülerinnen auf anstößige Gedanken bringen könnten.

Als Gegenstück hierzu lehnten die Landtagsabgeordneten für Düsseldorf die Vertretung eines Stadtratsbeschlusses auf Erhaltung der Rechte der Stadt bezüglich paritätischer Volksschulen ab, lediglich weil man bei der Besichtigung des Provinziallandtages das hiesige Zentrum übergegangen hatte.

Kein Arbeiter, kein Mann des Mittelstandes, dem es ernst ist mit dem Wohle seiner Familie, kein freigesinnter Mann, der etwas auf seine liberale Ueberzeugung hält, kann einen Zentrumsmann wählen.

In der hiesigen liberalen „Düsseldorfer Zeitung“ sprachen sich eine große Anzahl überzeugter liberaler Parteigänger, darunter, wie das Blatt betonte, namhafte hiesige Parteiführer im gleichen Sinne aus und empfahlen ihren Parteifreunden die Wahl des Sozialdemokraten. In Berlin faßte die liberale Vereinigung, der sich die demokratische süddeutsche Volkspartei anschloß, folgenden Beschluß:

„Die Hauptwagien haben eine sichere Mehrheit für die Bewilligung nationaler Forderungen ergeben, dagegen erscheint jetzt die Gefahr der Bedrohung bedeutender liberaler Errungenschaften (Reichstagswahlrecht, Koalitionsrecht, Gleichberechtigung aller Staatsbürger) für deren Aufrechterhaltung und Ausbau wir stets eingetreten sind, wesentlich näher gerückt.

Wir fordern daher unsere Parteifreunde im Lande auf, nur solchen Kandidaten in der Stichwahl ihre Stimme zu geben, die durch Programm und Persönlichkeit eine sichere Gewähr dafür bieten, daß sie nicht der politischen und geistigen Reaktion Hilfsdienste leisten“.

Wer ein Gegner ist der indirekten Steuern, der Steuern auf dem Massenkonsum,

Wer ein Gegner ist der Steuern auf Handel und Verkehr,

Wer ein Gegner ist aller Umsatzsteuern, Wer keine Monopole will auf Bier, Branntwein und Tabak,

Wer für eine freie Schule, eine freie Bildung, eine freie Wissenschaft eintritt,

Wer ein Feind ist aller religiösen Unduldsamkeit und des Sittlichkeitsrummels wider die Kunst des Guten und des Schönen,

Wer dem Fortschritt die Gasse brechen will,

Der stimmt am 5. Februar für den Kandidaten der Sozialdemokratie

Hermann Grimpe, Elberfeld.

Guch die Sozialdemokratie!

Der Wahlausschuß der sozialdemokratischen Partei.

Das Zentrum ist ein Feind des Fortschritts und der modernen Kultur. Die moderne

Volksschule

ist ihm ein Dorn im Auge. Systematisch hat es auf die Beseitigung der Simultanschule hingearbeitet, um an ihre Stelle die konfessionelle Schule zu setzen. Zum größten Teil ist dieser Plan durch das Volksschulgesetz verwirklicht.

Das Zentrum ist ein Feind der und Vernunft. Die Umsturzvorlage gedenkt es auf die Hochschulen, die Lehrfreiheit der Universitäten und Gymnasien sollte ebenso werden, wie aus der Volksschule die Freiheit ausgeschaltet ist, weil „die Revolution in Grad und Zylinder Zentrum zu reden, gefährlicher sei, als in der Bluse.“

Das Zentrum ist die Feindin der konfessionellen Intelligenz

Freiheit will es nur für die „Wahrheit“, versteht, für den Ultramontanismus duldet keine abweichende religiöse neben sich, und Männer der Anschauung sprechen es selber aus, der Ultramontanismus keine andere Überzeugung berechtigt sei.

Sprach nicht noch der Papst es aus, daß die Revolution, der Protest eine Pest, ein Gift, brechen Nichtswürdige dem alle Revolution stammen?

Erleben wir nicht gerade im Rheinland Fälle, daß man protestantischen „Rehe montanen Friedhöfen ein Stückchen Ruhe verweigert, sie unter Mordern und in einem abgelegenen Winkel verscharrt?

Das Zentrum ist Kunst, ist Bildung, moderne, die klassische Literatur wünsch Pfeiffer wächst. Erwachsene Laien sollen unserer Dichter und Denker nur lesen und Geldbeutel die Gewähr vor Verderbnis und auch dann nur in Auswahl. Die sich in die allgemeinen Bibliotheken höchstens dem Fachmann im Handel zugehöriger Jugendbildung an der Hand will das Zentrum nichts wissen. Der Wissenschaft, soll das Wissen ein Buch bleiben, denn Wissen ist Macht. Von Heinzerummel, die Sittlichkeitsferer möchte die Abbildungen der besten künstlerischen Plätzen, aus den Schaufensterhandlungen entfernt sehen? Das Zentrum

Nicht einmal die Büste der Landesmutter wollten eifrige Leute in den Düsseldorfer Schulen dulden, weil die Brustauschnitte Bildung die Schüler und ihnen auf anstößige Gedanken bringen könnten.

Und hierzu lehnten die Landtagsabgeordneten die Vertretung eines Stadtrats, der die Rechte der Stadt bezüglich der Schulen ab, lediglich weil man bei der Provinziallandtags das hiesige Zentrum hatte.

er, kein Mann des Mittelstandes, dem dem Wohle seiner Familie, kein freier, der etwas auf seine liberale Überzeugung einen Zentrumsmann wählen.

esigen liberalen „Düsseldorfer Zeitung“ die große Anzahl überzeugter liberaler darunter, wie das Blatt betonte, namhafte Führer im gleichen Sinne aus und Parteifreunden die Wahl des Sozialen Berlin faßte die liberale Vereinigung, demokratische süddeutsche Volkspartei an dem Beschluß:

„Wir haben eine sichere Mehrheit in der Forderung nationaler Forderungen ergeben, ist jetzt die Gefahr der Bedrohung sozialer Errungenschaften (Reichstagswahlrecht, Gleichberechtigung aller Staatsbürger, Aufrechterhaltung und Ausbau wir sind, wesentlich näher gerückt.“

„daher unsere Parteifreunde im Lande Kandidaten in der Stichwahl ihre geben, die durch Programm und Persönlichkeit sichere Gewähr dafür bieten, daß sie sich und geistigen Reaktion Hilfsdienste

gegner ist der indirekten Steuern, der in Massentonsum,

gegner ist der Steuern auf Handel und

gegner ist aller Umsatzsteuern, Monopole will auf Bier, Branntwein

ne freie Schule, eine freie Bildung, inschaft eintritt,

eind ist aller religiösen Unduldsamkeit, ichtleitsrummels wider die Kunst des Schönen,

fortschritt die Gasse brechen will,

Der stimmt am 5. Februar für den Kandidaten der Sozialdemokratie

Hermann Grimpe, Elberfeld.

Gegen die Sozialdemokratie!

Der Wahlausschuß der sozialdemokratischen Partei.

Verlag von Peter Berten, Druck von H. Gerisch, beide Düsseldorf.

